

Das International Institute for Middle East and Balkan Studies IFIMES aus Ljubljana, Slowenien, analysiert regelmäßig die Entwicklungen im Nahen Osten und auf dem Balkan.

Eugene Matos de Lara und Audrey Beaulieu, beide von der University of Ottawa, Kanada, haben einen Text mit dem Titel "New constructivism needed towards Europe's East" verfasst.

Es ist eine kurze Zusammenfassung dessen, was der EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaft und Erweiterung, Olivér Várhelyi, bei der Eröffnung der Veranstaltung des Wiener Prozesses - dem zweiten Gipfeltreffen in Folge in Wien, Österreich - gesagt hat. Diese Etappe der Veranstaltung des Wiener Prozesses trug den Titel:

"Europa - Zukunft - Nachbarschaft mit 75: Unterbrechungen Neukalibrierung Kontinuität".



Eugene Matos de Lara & Audrey Beaulieu

Neuer Konstruktivismus gegenüber Europas Osten nötig

Am historischen Datum des 08. März - dem Internationalen Frauentag - versammelte sich eine große Zahl von Fachleuten für internationale Angelegenheiten zum zweiten Gipfeltreffen in Folge in Wien, Österreich. Diese Etappe des Wiener Prozesses stand unter dem Titel: "Europa - Zukunft - Nachbarschaft mit 75: Brüche Rekalibrierung Kontinuität". Die Konferenz, die gemeinsam von vier verschiedenen Einrichtungen (dem Internationalen Institut für Nahost- und Balkanstudien IFIMES, der Medienplattform Moderne Diplomatie, der internationalen wissenschaftlichen Zeitschrift Europäische Perspektiven und der Aktionsplattform Kultur für den Frieden) mit Unterstützung der Diplomatischen Akademie Wien organisiert wurde, hatte zum Ziel, die Zukunft Europas und seiner Nachbarschaft im Zuge der alten und neuen Herausforderungen zu diskutieren.

Die mit Spannung erwartete Konferenz versammelte über zwanzig hochrangige Redner aus drei Kontinenten und die Zuschauer von Australien bis Kanada und von Chile bis Fernost. Der Tag wurde von drei Panels ausgefüllt, die sich auf das Überdenken und die Neubesinnung auf Europa und seine drei ebenso wichtigen Nachbarschaften konzentrierten: Euromediterran, östlich und transatlantisch (oder wie es die EU-Kommission von Romano Prodi in den 2000er Jahren formulierte - "von Marokko bis Russland - alles außer den Institutionen"); die gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Ökologisierung; sowie das Erbe des Zweiten Weltkriegs, die Nürnberger Prozesse, die Europäische Menschenrechtscharta und ihre Bedeutung im 21.

Jahrhundert. Die Veranstaltung war wohl die größte Zusammenkunft seit Anfang 2021 für diesen Teil Europas.

Neben den beiden amtierenden Staatspräsidenten wurde die Veranstaltung durch die Keynote des EU-Kommissars für Europäische Nachbarschaft und Erweiterung, Exzellenz **Olivér Várhelyi**, bekräftigt. Die folgenden Zeilen sind ein kurzes Transkript dessen, was er zur Eröffnung der Veranstaltung zum Wiener Prozess gesagt hat:

Die COVID-19 (C-19) hat zahlreiche Herausforderungen in Bezug auf die Zusammenarbeit, die Anpassung, aber vor allem die Widerstandsfähigkeit mit sich gebracht. Da die Krise von einigen als Bruchstelle angesehen wird, betonte der EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung, Exzellenz Várhelyi, die daraus entstehende Chance für die Europäische Union (EU) und Osteuropa, ihre Zusammenarbeit zu verstärken, um einen stabileren Raum der "gemeinsamen Demokratie, des Wohlstands, der Stabilität und des Friedens" aufzubauen.

Während der gesamten Krise war die Europäische Union ein wichtiger Akteur für Osteuropa und dessen Reaktion auf das Virus, indem sie der Region effiziente wirtschaftliche und materielle Unterstützung leistete, wodurch Tausende von Leben gerettet werden konnten. Doch trotz der Notwendigkeit dieser Hilfe hat die Europäische Union bedeutendere Projekte und Ambitionen in Bezug auf ihre Beziehung zu den osteuropäischen Staaten.

Im Jahr 2020 hat die EU einen Vorschlag zur östlichen Partnerschaft herausgegeben, der sich hauptsächlich auf Resilienz konzentriert und sich in fünf Säulen entfaltet. Die erste Säule ist auf die Verstärkung von Investitionen in die Wirtschaft und Konnektivität ausgerichtet. Sie zielt vor allem darauf ab, "die Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen weiter zu verbessern". Diese sind das Rückgrat der EU und machen über 90 % der Geschäftsaktivitäten aus; in der EU gibt es 24 Millionen kleine Unternehmen. Diese Wirtschaftsmaschine erwirtschaftet zusammen mehr als die Hälfte des BIP der EU. Die EU hat ein großes Interesse daran, sie während der C-19-Krise über Wasser zu halten.

Das EU-Parlament berichtete im Dezember 2020 über die Notwendigkeit, dass die Kommission ihre Unterstützung für diese mittleren und kleinen Unternehmen neu bewertet. Sie brauchen mehr Ressourcen, um bürokratische Anforderungen zu überwinden, die ihre Fähigkeit, während und nach C-19 zu gedeihen, exponentiell belasten werden. Kleine Unternehmen werden als unverzichtbar anerkannt, um innovative und nachhaltige Ziele zu erreichen. Beispiele hierfür sind Initiativen, die Anreize für die Aufnahme des elektronischen Geschäftsverkehrs schaffen sollen, doch nur 17 % der kleinen Unternehmen in der EU haben ihren Geschäftsverkehr digitalisiert.

Die zweite Säule bezieht sich auf Investitionen in den grünen Wandel. Während Westeuropa eine positive Einstellung zu den Zielen des Pariser Abkommens gezeigt hat, schien Osteuropa zurückhaltender zu sein. Diese Haltung könnte durch ihre auf Grundnahrungsmitteln basierende Wirtschaft und durch wichtigere Themen wie Korruption und die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit erklärt werden. Somit schlägt die zweite Säule eine Brücke zur ersten Säule, da Umweltfragen die Investitionen und die Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Entwicklung der Wirtschaft beeinflussen sollten.

Bei der dritten Säule geht es um Investitionen in die digitale Transformation. Die digitale Welt entwickelt sich ständig weiter, und die Staaten müssen sich an diese Realität anpassen, vor allem, wenn man bedenkt, dass sie ein zentrales Instrument sein könnte, um die Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen. Die Pandemie war eine große Chance für die Länder, ihren digitalen Sektor zu entwickeln. Unternehmen mussten erfinderisch und proaktiv sein, um ihre Aktivitäten an diese neue Realität anzupassen, die ein Game-Changer für die Zukunft sein könnte. Die Länder müssen diese Chance ergreifen und das Beste daraus machen. Investitionen in Technologien könnten auch für andere gesetzte Ziele gewinnbringend sein, wie z.B. Investitionen, die in die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, glaubwürdige Justizreformen und eine effiziente öffentliche Verwaltung (vierte Säule) getätigt werden müssen. In der Tat ist die Digitalisierung von Informationen in Kombination mit robusten Cybersicherheitsplattformen der Schlüssel zu offeneren und transparenteren Verwaltungen. Parallel dazu müssen andere Strategien ausgearbeitet werden, um die Achtung der Rechtsstaatlichkeit zu verbessern und demokratische Standards zu erreichen, in der Tat ein Schlüsselpunkt für die Erweiterung der EU.

In der fünften Säule schließlich geht es um Investitionen in gerechte und inklusive Gesellschaften. Die Länder Osteuropas sind wahre Mosaik in Bezug auf Ethnien, Religionen und Sprachen. Ungleichheiten und soziale Klüfte zwischen diesen Gruppen sind in den meisten osteuropäischen Gesellschaften immer noch allgegenwärtig, und sie müssen angegangen werden, um ein geeinteres Europa zu schaffen. Mehrere osteuropäische Staaten haben Maßnahmen zur Überbrückung sozialethischer und kultureller Unterschiede sowohl in ihrer nationalen als auch in ihrer integrationspolitischen Agenda der EU an die erste Stelle gesetzt. In der Tat ist die Überbrückung sozialer Unterschiede eine grundlegende Maßnahme im Umgang mit Unterschieden und für die Erziehung einer gesunden Demokratie.

Das nächste Treffen in Bezug auf die Partnerschaft wird im kommenden Herbst stattfinden und sich auf drei kritische Themen konzentrieren: Erholung, Widerstandsfähigkeit und Reform. Obwohl die COVID-19-Krise nicht für immer die zwischenstaatlichen Initiativen leiten kann, haben ihre Folgen die Welt gezwungen, sich an mehrere neue Realitäten anzupassen. Folglich werden die europäischen Länder starke Maßnahmen benötigen, um sich zu erholen, und diese sollten durch Maßnahmen umgesetzt werden, die sich mit der Schaffung von Beschäftigung und Wirtschaftswachstum befassen, um auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig zu bleiben. Wie der EU-Kommissar Várhelyi erwähnte, ist die sozioökonomische Erholung die absolute Priorität", also sollten wir auch Gelegenheiten zur Reformierung sozialer und politischer Normen erwarten, um nicht nur neuen Problemen zu begegnen, sondern auch Trends, die in der Vergangenheit sehr präsent waren und sich jetzt einfach beschleunigen.

Autoren:

Eugene Matos de Lara, Herausgeber der akademischen Zeitschrift Border Crossing, ist Spezialist für internationales Privatrecht an der Universität von Ottawa, Kanada.

Audrey Beaulieu ist spezialisiert auf öffentliches und internationales Privatrecht, internationale Entwicklung und globale Politik, sie arbeitet in der Abteilung für Globalisierung und internationale Entwicklung an der Universität Ottawa, Kanada.

Ljubljana/Wien/Ottawa, 11. März 2021